

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Forschung und Technologie (17. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 8/2156 —

Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat
betreffend ein zweites Vierjahresprogramm Forschung und Entwicklung
im Energiebereich
»EG-Dok. R/2166/78 (RECH 49) (ENER 56)«

Problem

Das bis Juni 1979 laufende, gegenwärtige Vierjahresprogramm auf dem Gebiet der nichtnuklearen Energieforschung soll mit einem zweiten, umfangreicheren Vierjahresprogramm fortgesetzt werden.

Lösung

Wie beim bisherigen Programm sollen im Wege indirekter Aktionen die Bereiche Energieeinsparung, Produktion und Verwendung von Wasserstoff, Sonnenenergie, geothermische Energie und Analyse von Systemen bearbeitet werden. Der Kommissionsvorschlag umfaßt über das bisherige Programm hinaus auch die Durchführung von Pilotvorhaben und die Ausrichtung der Arbeiten auf industrielle Anwendungen.

Einmütigkeit im Ausschuß

Alternativen

keine

Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Kommissionsvorschlag — Drucksache 8/2156 — wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Bundesregierung wird ersucht,
den Zusammenhang zwischen dem Energieforschungsprogramm und den beiden EG-Verordnungen über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen und über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung zu beachten und darauf hinzuwirken, daß von einer Personalausweitung abgesehen wird.

Bonn, den 13. Mai 1979

Der Ausschuß für Forschung und Technologie

Dr. Probst

Vorsitzender

Lenzer Stockleben Dr.-Ing. Laermann

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Lenzer, Stockleben und Dr.-Ing. Laermann

Der Kommissionsvorschlag wurde in der 103. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. September 1978 an den Ausschuß für Forschung und Technologie federführend sowie an den Ausschuß für Wirtschaft und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Haushaltsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 7. Dezember 1978 beraten und empfohlen, die Bundesregierung aufzufordern, den Zusammenhang zwischen dem zweiten Vierjahresprogramm Forschung und Entwicklung im Energiebereich und der geplanten finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen und für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung zu beachten. Außerdem hat er sich gegen eine Personalausweitung ausgesprochen.

Der Wirtschaftsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 12. Juni 1979 beraten und zustimmende Kenntnisnahme empfohlen.

Der Technologieausschuß hat den Kommissionsvorschlag in seiner Sitzung am 13. Juni 1979 beraten. Er stimmt der Zielsetzung des Kommissionsvorschlags zu, der über das bisherige Programm hinaus auch die Durchführung von Pilotvorhaben und die Ausrichtung der Arbeiten auf industrielle Anwendungen umfaßt.

Der Technologieausschuß ist der Meinung, daß der Zusammenhang zwischen dem Energieforschungsprogramm und den beiden EG-Verordnungen über Demonstrationsvorhaben (Verordnung über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen und Verordnung über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung, jeweils vom 12. Juni 1978) auf dem Energiesektor von großer Bedeutung ist. Beide Bereiche betreffen fachlich die gleichen Themen, wobei jedoch im Rahmen der Demonstrationsvorhaben bereits die industrielle Anwendung von Vorhaben zur Nutzung und Einsparung von Energie erprobt wird.

Überschneidungen drohen insbesondere bei den Pilotvorhaben des Forschungsprogramms, bei denen eine klare Abgrenzung zu den Demonstrationsvorhaben kaum möglich sein dürfte. Die Kommission selbst weist in ihrem Vorschlag für das Forschungsprogramm wiederholt auf den engen Zusammenhang hin.

Aus diesem Grunde und weil eine Personalausweitung nicht geboten erscheint, wird namens des Ausschusses für Forschung und Technologie gebeten, der dem Hohen Hause vorliegenden Beschlußempfehlung zuzustimmen.

Bonn, den 13. Juni 1979

Lenzer Stockleben Dr.-Ing. Laermann
Berichtersteller

